

## **Stellungnahme der Initiative Cité Foch zur Unterbringung von Asylbewerbern im Collège Voltaire**

Die Initiative Cité Foch (ICF) bekennt sich ohne Einschränkungen zum Recht ausländischer Flüchtlinge, in der Bundesrepublik Deutschland Asyl zu beantragen und zwar unabhängig davon, ob diese einen Asylantrag nach § 16 a Grundgesetz stellen, oder als sogenannte Kontingentflüchtlinge im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention zu uns kommen.

Die ICF bekennt sich damit auch zu der Verpflichtung unseres Landes, diesen Menschen für die Dauer des Asylverfahrens Schutz und Lebensunterhalt zu gewähren, wobei Flüchtlinge mit traumatisierenden Fluchterfahrungen eines besonderen Schutzes bedürfen.

Die ICF steht seit April 2014 im Hinblick auf die Unterbringung besonders schutzbedürftiger Flüchtlingsfamilien (insges. 50 Personen) in der leer stehenden Avenue Charles de Gaulle Nr. 15 (ehemalige französische Lehrerwohnungen) in Kontakt mit den zuständigen Behörden.

Ende letzten Jahres hatte sie hierzu bereits eine Arbeitsgruppe mit folgenden Aufgaben eingesetzt:

- Ansprechpartner für zuständige Stellen ( Senat / Lageso, Bezirksamt, Betreiber)
- Kontaktangebote für Flüchtlinge in Abstimmung mit zuständigen Stellen
- Beratung, sprachliche Unterstützung

Zweck dieser Arbeitsgruppe war - und ist es auch weiterhin - die Bewohner der Cité Foch (CF) rechtzeitig in die Entscheidungen für eine Flüchtlingsunterbringung in ihrem Wohnviertel einzubeziehen und Kooperationsmöglichkeiten festzustellen.

In einer Bewohnerversammlung Ende 2014 zeigte sich die Mehrheit für eine Lösung in der Av. Ch.d.Gaulle Nr. 15 aufgeschlossen, wozu auch die wiederholte Versicherung der zuständigen Stellen beitrug, dass aufgrund der besonderen Gegebenheiten in der Cité Foch keine Gemeinschaftsunterkünfte geplant seien, sondern allein Wohnungen für besonders schutzbedürftige Familien.

Eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen ist für alle Beteiligten eine besondere Herausforderung; insbesondere aber für diejenigen Bürger, in deren unmittelbaren Wohnumfeld die Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Diese Herausforderung wird umso besser bewältigt, je früher und umfassender die Bürger darauf vorbereitet und in die Planung von Unterbringungsmaßnahmen einbezogen werden.

Die sehr kurzfristig von Senat (Lageso) und Bezirk getroffene Entscheidung, das Collège Voltaire ab 14.2.2014 als Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Irak und Iran zu nutzen, stellt jedoch die sich bereits abzeichnende Aufgeschlossenheit der CF-Bewohner für eine Flüchtlingsunterbringung in ihrem Viertel wieder in Frage.

Mit einem am 12.2.2015 verteilten Flyer lädt die Bezirksverwaltung jetzt nachträglich zu einer Informationsveranstaltung am 17.2.2015 ein. Wenig überzeugend erscheint dabei der Versuch, diese Vorgehensweise mit einer Mischung aus Zeitnot und versteckten humanitären Appellen zu begründen: Wenn die Planungen für die Av.Ch.d.Gaulle Nr. 15 nunmehr fast ein Jahr andauern und immer noch nicht abgeschlossen sind, das Collège Voltaire seit 2 Jahren leer steht und die Verdopplung der Flüchtlingszahlen in den letzten vier Jahren seit langem bekannt ist, wie der Flyer selbst bestätigt, dann drängt sich die Frage auf, warum jetzt alles binnen vier Tagen entschieden werden musste.

Bezüglich der im Flyertext enthaltenen humanitären Appelle bleibt zu hoffen, dass die zuständigen Verwaltungen bei kritischen Nachfragen zu ihrem eigenen Handeln der Versuchung widerstehen, unbequeme Fragesteller in eine fremden- oder menschenfeindliche Ecke zu stellen – ein Ausweichverhalten, das leider immer häufiger anzutreffen ist.

Diese Vorgehensweise von Senat und Bezirk lässt nicht erkennen, dass sie aus den Vorkommnissen bei der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in anderen Berliner Bezirken gelernt haben:

**Die Bürger erwarten, dass sie angehört werden, bevor Entscheidungen fallen, die ihre Interessen unmittelbar berühren. Eine Politik, die diese Erwartung übergeht und die Bürger vor vollendete Tatsachen stellt, ist mitverantwortlich für die deswegen entstehenden Akzeptanzprobleme !**

Durch die Art und Weise, in der die Unterbringungsfrage jetzt entschieden worden ist, droht überdies eine weit über den aktuellen Anlass hinausreichende Entwicklungschance für die Cité Foch vertan zu werden: Seit einem Jahr verhandelt die Montessori-Schule aus Heiligensee, deren Mietvertrag dort ausläuft, mit dem Berliner Liegenschaftsfonds über eine schulische Nutzung des ehemaligen Collège Voltaire.

Eine zusätzliche Schule in der Cité Foch würde das Bildungsangebot für die - im Zuge der geplanten Neubebauung von Freiflächen - um bis zu einem Drittel wachsende Bewohnerzahl ergänzen. Dies wäre wegen der schon jetzt bestehenden räumlichen Engpässe im Romain-Rolland-Gymnasium und in der Außenstelle der Münchhausen Grundschule ohnehin geboten. Zusätzlich könnte die Montessori-Schule den CF-Bewohnern und den Bewohnern der anliegenden Viertel ein Kultur- und Bildungsangebot machen, das angesichts der zunehmenden Verödung der Cité Foch in den letzten Jahren dringend benötigt wird.

Die ICF, die sich seit 2 Jahren für die Überwindung von Stagnation und Verfall ehemaliger französischer Gemeinschaftseinrichtungen in der Cité Foch einsetzt, kann nicht verstehen, warum Bezirksverwaltung und BVV diese Entwicklungschance für die Cité Foch bei ihrer Entscheidung für das Collège Voltaire unberücksichtigt gelassen und sich nicht rechtzeitig um Alternativen gekümmert haben: Neben der Av.Ch.d.Gaulle Nr. 15 gibt es in der Cité Foch noch andere, für eine Flüchtlingsunterbringung potentiell geeignete Gebäude, z.B. die ehemaligen Gendarmerie- und BND-Gebäude, die ebenfalls seit Jahren leer stehen.

Nach jahrelangem Gerangel um einen Bebauungsplan, nach Verfall und Vandalismus bei den französischen Gemeinschaftseinrichtungen zeigte sich jetzt mit der geplanten Bebauung des ehemaligen französischen Einkaufs- und Gemeindezentrums an der Av.Ch.d.Gaulle sowie der schulischen Wiederinbetriebnahme des Collège Voltaire endlich ein Silberstreifen am Horizont, der hoffen ließ, dass die jahrelange Vernachlässigung der Cité Foch seitens Politik und Verwaltung bald vorüber sein würde.

**Diese Hoffnung darf nicht durch kurzsichtige Entscheidungen wieder zunichte gemacht werden !**

Bezüglich der jetzt beschlossenen Nutzung des Collège Voltaire als Flüchtlingsunterkunft würde dies konkret bedeuten, dass die Gebäudeaufteilung in einer Weise erfolgt, die den absehbaren und zukünftig sukzessive wachsenden Raumbedarf der Montessori-Schule sowohl flächenmäßig als auch in der funktionellen Zuordnung der Gebäudeteile berücksichtigt. Dies müsste bereits jetzt und mit verbindlichen Terminen zwischen Senat / Bezirk und Montessori-Schule vertraglich vereinbart werden.

**Die ICF appelliert an die Politik und Bezirksverwaltung, ihr in der Vergangenheit bei Begehungen und Versammlungen stets beteuertes 'Verständnis für die Sorgen und Nöte' der CF-Bewohner jetzt unter Beweis zu stellen und deren längerfristige Interessen nicht wegen tagesaktueller Zwänge aus den Augen zu verlieren !**